ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Konjunkturperspektiven 2002/2003: Aufschwung setzt sich durch

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2002) : Konjunkturperspektiven 2002/2003: Aufschwung setzt sich durch, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 09, Iss. 3, pp. 6-12

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169638

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturperspektiven 2002/2003: Aufschwung setzt sich durch[1]

Aktuelle Lage: Rezessive Tendenzen klingen ab

Die Konjunktur in Deutschland war im vergangenen Jahr als Folge der Nachwirkungen des Ölpreisschocks, der Straffung der Geldpolitik und einer nachlassenden Expansion der Auslandsnachfrage abwärts gerichtet; im zweiten Halbjahr ging das reale Bruttoinlandsprodukt – nicht zuletzt im Gefolge der Terroranschläge des 11. Septembers – sogar leicht zurück. Der Schock hat in fast allen Bereichen der Wirtschaft Spuren hinterlassen. So sanken die Exporte infolge der weiteren Beeinträchtigung der Weltkonjunktur. Das Vertrauen der Verbraucher, das sich schon zuvor im Zuge der Abkühlung der Konjunktur eingetrübt hatte, erhielt einen zusätzlichen Dämpfer; der private Konsum nahm in den letzten Monaten des vergangenen Jahres beschleunigt ab. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung veranlasste überdies die Unternehmen zu spürbar zurückhaltenderen Lagerdispositionen. Die seit Jahresbeginn 2001 durch die Straffung der Geldpolitik und die Schwäche der Weltwirtschaft ohnehin schon gedämpfte Investitionsneigung wurde zusätzlich belastet, die Investitionstätigkeit der Unternehmen ließ weiter nach.

In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte das Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt erstmals wieder leicht gestiegen sein. Die Industrieproduktion lag im Durchschnitt der Monate Januar und Februar geringfügig über dem Stand im Vorquartal. Die Auftragseingänge in der Industrie, insbesondere die aus dem Ausland, sind der Tendenz nach aufwärts gerichtet. Andere wichtige Frühindikatoren zeigen ebenfalls nach oben. Allerdings waren im Bauhauptgewerbe und im Handel die Produktion bzw. der Umsatz rückläufig. Die Zahl der Erwerbstätigen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres angesichts der schwachen Produktionsentwicklung beschleunigt gesunken war, war zu Jahresbeginn weiter rückläufig. Die Arbeitslosigkeit stieg tendenziell bis zuletzt. Westdeutschland war in der jüngsten Abschwungphase – nicht zuletzt wegen seiner höheren Exportabhängigkeit – vom Anstieg der Arbeitslosigkeit weitaus stärker betroffen als Ostdeutschland. Dort ist die Arbeitslosigkeit seit Herbst vergangenen Jahres sogar etwas gesunken, insbesondere weil sich das Arbeitsangebot verringerte.

Annahmen für die Prognose: Geldpolitik regt an – Finanzpolitik bremst

Die Geldpolitik wirkt derzeit expansiv. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf die Verschlechterung der Konjunkturaussichten im Euroraum reagiert und die Leitzinsen im Herbst 2001 nochmals gesenkt. Mit 3,25 % ist der entscheidende Refinanzierungssatz im historischen Vergleich niedrig; gleiches gilt für den kurzfristigen Realzins. Im Prognosezeitraum dürfte die EZB die geldpolitischen Zügel wieder leicht anziehen; die Institute rechnen für das Winterhalbjahr 2002/2003 mit einer Anhebung des Leitzinses um insgesamt einen halben Prozentpunkt auf 3,75 %. Damit geht die Geldpolitik auf einen etwa *neutralen Kurs.*

Die Finanzpolitik, die im vergangenen Jahr durch Steuerentlastungen die Konjunktur stützte, wirkt in diesem Jahr leicht restriktiv. Zwar wurde zu Jahresbeginn das Kindergeld erhöht. Gleichzeitig sind aber Steuern und Sozialabgaben angehoben worden. Im kommenden Jahr tritt die zweite Stufe der Einkommensteuerreform in Kraft. Doch werden zeitgleich indirekte Steuern erhöht. Insbesondere sind aber merkliche Einschnitte bei den Ausgaben zu erwarten. Um eine haushaltspolitische „Frühwarnung“ des Ecofin-Rats zu vermeiden, hat die Bundesregierung ihre Absicht bekräftigt, das Budgetdefizit im Jahr 2004 auf „nahezu null“ zurückzuführen. Im Finanzplanungsrat wurde mit Blick darauf vereinbart, dass der Ausgabenanstieg stärker als bislang begrenzt werden soll. Vorgesehen ist für die Jahre 2003 und 2004 bei Län-

[1] *Gekürzte Fassung des „Frühjahrsgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht u. a. in: ifo Schnelldienst, 8/2002, S. 3 ff.*

dern und Gemeinden eine Ausgabensteigerung von jeweils lediglich 1 % je Jahr im Durchschnitt; der Bund will seine Ausgaben sogar um 1/2 % je Jahr senken. Die Institute erwarten deshalb, dass im Jahr 2003 die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verstärkt wird und ein Sparpaket mit einem Volumen von rund 8 Mrd. Euro aufgelegt wird. Die Finanzpolitik wird damit im Jahr 2003 sogar *merklich restriktiv* wirken.

Die Lohnpolitik blieb im vergangenen Jahr alles in allem moderat; Zweitrundeneffekte der erheblichen außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse blieben aus. In der diesjährigen Lohnrunde stellen die Gewerkschaften zwar hohe Forderungen. Die Institute erwarten aber, dass es nicht zu einem gravierenden Kurswechsel in der Lohnpolitik kommen wird. Für die Jahre 2002 und 2003 dürften die Tariflohnsteigerungen mit reichlich 2 1/2 % etwas höher ausfallen als in den beiden vergangenen Jahren.

Ausblick: Konjunktur zieht wieder an

Im Frühjahr 2002 steht die deutsche Wirtschaft vor einem konjunkturellen Aufschwung. Für ein baldiges Anspringen der Konjunktur spricht vor allem, dass sich das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Monaten spürbar aufgehellt hat. Insbesondere die Produktions- und Exporterwartungen haben sich deutlich verbessert. Maßgeblichen Anteil daran hat die Entwicklung in den USA. Dort ist die Rezession inzwischen überwunden, und vor allem aufgrund der von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse hat ein Aufschwung begonnen. Dieser wird sich verstärken und auf andere Regionen ausstrahlen, sodass sich die Weltwirtschaft zügig erholen wird.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 wird deshalb die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland an Dynamik gewinnen. Die kräftig expandierende Weltwirtschaft regt die Exportwirtschaft deutlich an. Zudem strahlt die deutliche Verbesserung der Erwartungen in den USA und in Europa auch auf Deutschland aus und wirkt positiv auf die Dispositionen der Unternehmen. Auch kommen die von der letztjährigen Lockerung der Geldpolitik ausgehenden Impulse mehr und mehr zum Tragen. Die industrielle Erzeugung wird bei alledem beschleunigt zunehmen; der Rückgang im Baugewerbe wird schwächer. Die Produktion von konsumnahen Waren und Diensten wird wegen des nur verhalten expandierenden privaten Verbrauchs wenig ausgeweitet, ein stärkerer Zuwachs ist bei den Unternehmensdienstleistern und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung zu erwarten.

Im kommenden Jahr wird sich das konjunkturelle Expansionstempo jedoch wieder etwas verlangsamen. So werden die Impulse aus dem Ausland schwächer, und die Anregungen von der Geldpolitik klingen wieder ab. Zudem wirkt das hier erwartete Sparpaket dämpfend. Gleichwohl wird die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im nächsten Jahr deutlich aufwärts gerichtet sein und die Kapazitätsauslastung wird über weite Strecken des Jahres zunehmen. Die Industrieproduktion erhöht sich weiterhin und die Bautätigkeit wird kaum noch sinken. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 in Deutschland um 2,4 % steigen, nach 0,9 % in diesem Jahr. Der Preisauftrieb bleibt trotz konjunkturbedingt größerer Überwälzungsspielräume moderat, die Inflationsrate wird in diesem und im nächsten Jahr rund 1 1/2 % betragen.

Die Finanzlage des Staates wird sich in diesem Jahr leicht verbessern. Das Budgetdefizit dürfte sich von 56 Mrd. auf 49 Mrd. Euro verringern, was in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt einem Rückgang von 2,7 % auf 2,3 % gleichkommt; die 3 %-Obergrenze für das Defizit wird also nicht überschritten. Erst im nächsten Jahr werden die Fehlbeträge merklich sinken, da die konjunkturelle Erholung den Haushalt entlastet und die Konsolidierungsbemühungen intensiviert werden. Wird ein Sparpaket mit dem hier unterstellten Volumen umgesetzt, geht das Defizit auf 34 Mrd. Euro bzw. 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts zurück.

Bei alledem gibt es Prognoserisiken in die eine wie auch in die andere Richtung. Einen Unsicherheitsfaktor bildet die Konjunktur in den USA; dort könnte die Expansion schwächer ausfallen als prognostiziert. Auch könnte ein unerwartet hoher Ölpreis die Konjunktur belasten. Es ist jedoch auch nicht auszuschließen, dass das Aufschwungstempo unterschätzt

Tab. 1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt[a)] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,8	3,0	0,6	0,9	2,4
Westdeutschland[b)]	1,8	3,3	0,6	0,9	2,4
Ostdeutschland[c)]	2,0	1,0	–0,1	0,5	2,3
Erwerbstätige[d)] (1.000 Personen)	38.081	38.706	38.773	38.676	38.869
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.099	3.889	3.852	3.957	3.811
Arbeitslosenquote[e)] (in %)	9,7	9,1	9,1	9,3	8,9
Verbraucherpreise[f)] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	1,9	2,5	1,5	1,6
Lohnstückkosten[g)] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	–0,2	1,2	1,3	0,7
Finanzierungssaldo des Staates[h)]					
(Mrd. €)	–30,6	23,9	–56,3	–49,1	–34,1
(% des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	–1,6	1,2	–2,7	–2,3	–1,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	–17,9	–22,6	2,7	15,0	25,0

a) In Preisen von 1995. – b) Einschließlich Berlin. – c) Ohne Berlin. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

wird. Angesichts der stark verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen könnte die konjunkturelle Dynamik in den kommenden Monaten durchaus kräftiger ausfallen als von den Instituten prognostiziert.

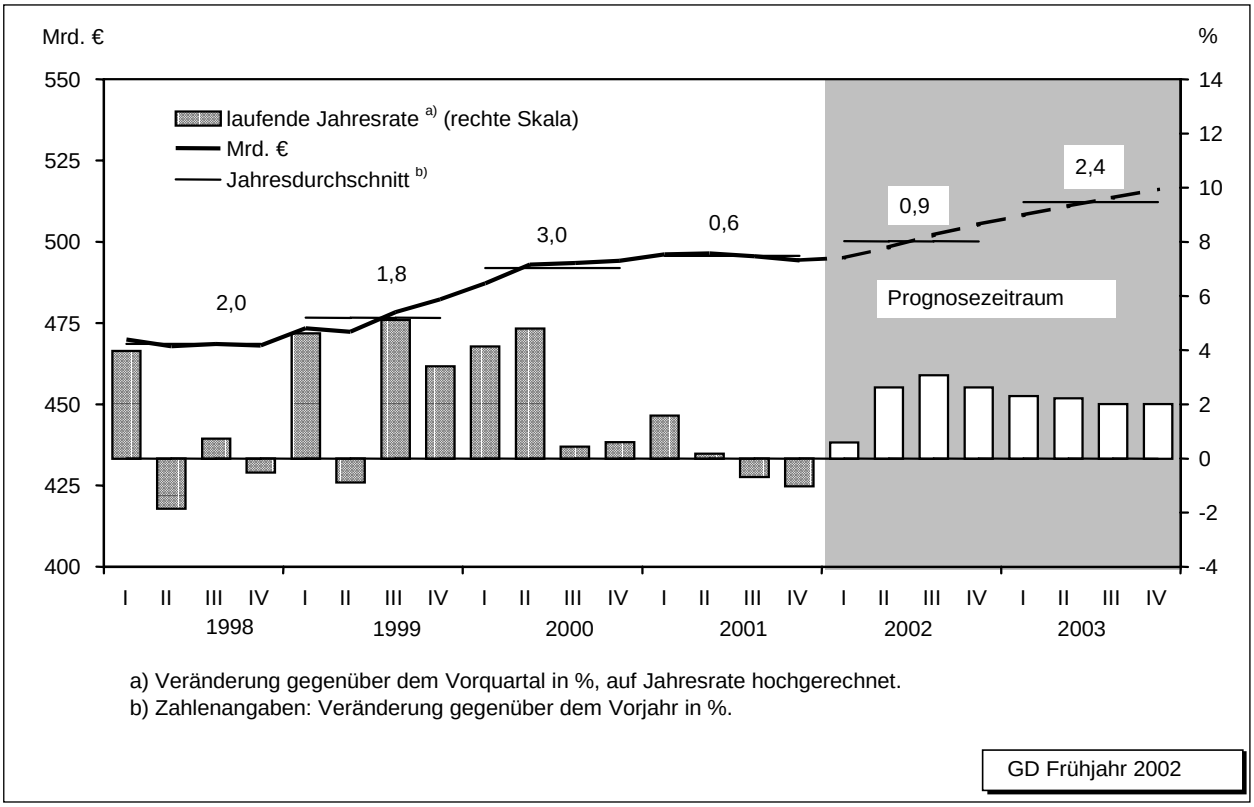
Erholung auch in Ostdeutschland

Das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern war vorläufigen amtlichen Berechnungen zufolge 2001 um 0,1 % niedriger als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür war die erneut drastisch gesunkene Bautätigkeit. Im Jahresergebnis betrug hier das Minus 11 $^1/_2$ %, im Vergleich zu einem Rückgang um 6 % in Westdeutschland. Die industrielle Erzeugung, deren kräftiger Anstieg in den vergangenen Jahren das Gegengewicht zur Talfahrt in der Bauwirtschaft bildete, ging saisonbereinigt zum Jahresende ebenfalls zurück und unterschritt den Vorjahresstand. Besonders stark nahm die Produktion von Konsumgütern ab. Im Handel sank die Wertschöpfung beschleunigt. Im öffentlichen Bereich hat der Rückgang der Bruttowertschöpfung angehalten.

Auch für Ostdeutschland weisen die Frühindikatoren auf den Beginn einer wirtschaftlichen Erholung hin. Die Industrieproduktion hat zum Jahresanfang bereits zugelegt und der Rückgang der Bautätigkeit dürfte sich, wenn auch erst im späteren Jahresverlauf, allmählich verlangsamen. In den Dienstleistungsbereichen werden die Wachstumsunterschiede zum früheren Bundesgebiet geringer.

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt
– Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
b) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

GD Frühjahr 2002

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2002; Prognose der Institute.

Gleichwohl ist die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von 0,5 % nur etwa halb so groß wie in Westdeutschland.

Im Jahr 2003 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland in nahezu gleichem Ausmaß zulegen wie im früheren Bundesgebiet. Die dämpfenden Effekte vom Baugewerbe lassen erneut nach und die industrielle Fertigung wird stärker als in Westdeutschland an Fahrt gewinnen. Der tertiäre Sektor wird – außer im öffentlichen Bereich – genauso schnell expandieren wie in Westdeutschland. Damit steigt das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Osten rascher als im Westen. Jedoch ist dies nicht auf einen höheren Produktionszuwachs zurückzuführen, sondern auf die Abnahme der Bevölkerung durch Migration und Geburtenrückgang.

Wende auf dem Arbeitsmarkt nach der Jahresmitte

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit dem Frühjahr 2001 unter dem Einfluss der konjunkturellen Abschwächung zunehmend verschlechtert. Im Jahresverlauf ist die Zahl der Erwerbstätigen um 75.000 gesunken. Besonders stark war der Rückgang im Baugewerbe und in der Industrie, aber auch im Handel und bei den privaten Dienstleistern nahm die Beschäftigung ab; lediglich die Unternehmensdienstleister stellten per saldo Personal ein.

Im Jahr 2002 wird sich der Arbeitsmarkt in Deutschland nur allmählich bessern. Wie üblich in Erholungsphasen halten sich die Unternehmen zunächst mit Neueinstellungen zurück und reagieren auf die wieder zunehmende Nachfrage mit dem Abbau von Kurzar-

Tab. 2

Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Westdeutschland = 100										
Bruttoinlandsprodukt nominal je Einwohner[a)]	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,0	60,9	61,7
Ausrüstungsinvestitionen[b)] nominal je Einwohner[c)]	61,8	70,8	95,7	108,9	108,9	110,0	103,6	101,8	101,1	97,3	97,9
Bauinvestitionen nominal je Einwohner[c)]	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,2	136,9	121,7	111,3
darunter:											
Wohnbauten[c)]	45,8	61,7	81,1	110,0	131,3	143,2	140,6	121,4	106,9	91,9	80,2
Nichtwohnbauten[c)]	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,1	186,0	170,3	160,7
Kapitalstock je Einwohner[c) d)]	37,9	40,4	43,4	46,7	50,3	53,7	56,9	59,8	62,3	64,3	66,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer[a)]	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,3	77,5	77,6
Arbeitsproduktivität[a) e)]	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,3	68,9	70,6
Lohnstückkosten[a) f)]	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,7	113,2	112,5	110,0
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Bevölkerung[a)]											
Ostdeutschland		–1,3	–0,7	–0,6	–0,4	–0,4	–0,3	–0,4	–0,5	–0,4	–0,9
Westdeutschland		1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2	0,5
Erwerbstätige (Inland)[a)]											
Ostdeutschland		–12,4	–2,5	2,4	1,9	–0,7	–1,2	0,2	0,6	–1,1	–2,0
Westdeutschland		0,8	–1,1	–0,6	–0,1	–0,2	0,0	1,2	1,4	2,2	0,6
Kapitalstock[c) d)]											
Ostdeutschland		8,5	8,9	9,4	9,2	8,3	7,5	6,9	6,0	5,2	4,8
Ausrüstungen		18,0	15,4	13,9	12,0	10,8	10,3	9,6	9,5	8,8	7,8
Bauten		7,0	7,8	8,6	8,7	7,8	7,0	6,3	5,5	4,4	4,1
Westdeutschland		1,7	1,5	1,6	1,5	1,4	1,5	1,7	1,7	2,0	1,5
Ausrüstungen		3,0	1,6	0,8	0,4	0,2	0,4	1,0	1,6	2,3	1,6
Bauten		1,3	1,4	1,9	1,8	1,7	1,7	1,9	1,7	1,9	1,4

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Einschließlich sonstige Anlagen. – c) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet. – d) Alle Wirtschaftsbereiche in Preisen von 1995. – e) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen. –f)Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute.

beit, der Mobilisierung von Produktivitätsreserven und dem Einsatz von Überstunden. Erst nach der Jahresmitte dürfte ein nennenswerter Beschäftigungsaufbau in Gang kommen. Er konzentriert sich auf den tertiären Sektor, wohingegen im produzierenden Gewerbe noch Arbeitsplätze verloren gehen werden. Am Jahresende 2002 wird die Zahl der Erwerbstätigen etwa auf dem vor Jahresfrist erreichten Niveau liegen; im Jahresdurchschnitt ergibt sich noch ein Rückgang um knapp 100.000 Stellen.

Im kommenden Jahr wird die Nachfrage nach Arbeitskräften in nahezu allen Bereichen – außer im Baugewerbe – wieder deutlich steigen. Im Verlauf des

Jahres ist mit einer Erhöhung der Erwerbstätigenzahl um 250.000 zu rechnen, was einer Zunahme um knapp 200.000 im Durchschnitt entspricht. In Ostdeutschland wird die Erwerbstätigkeit auch im laufenden Jahr noch um etwa 70.000 Personen zurückgehen; im nächsten Jahr ist mit einer Zunahme um rund 20.000 zu rechnen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland stieg im Jahresverlauf 2001 um gut 120.000 und damit stärker, als die der Beschäftigten sank. Maßgeblich dafür ist die kräftige Ausweitung des Arbeitsangebots; freiwerdende Arbeitsplätze wurden offenbar verstärkt aus der Stillen Reserve besetzt. Zum Jahresbeginn 2002 ist die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt zunächst kräftig gestiegen, im März sank sie allerdings aufgrund von temporären Sondereffekten um 8.000 Personen. Im weiteren Jahresverlauf wird die Arbeitslosigkeit zunächst auf hohem Niveau verharren und ab der Jahresmitte sinken. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um mehr als 100.000 auf 3,96 Mill. Personen. Für das Jahr 2003 ist ein recht deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit um 150.000 Personen zu erwarten.

In Ostdeutschland erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr um 15.000 Personen. Gemessen am starken Rückgang der Erwerbstätigkeit war dies nur sehr wenig. Eine Rolle spielte dabei, dass das Erwerbspersonenpotenzial, nicht zuletzt

Tab. 3

Arbeitsmarktbilanz
– Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen –

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Westdeutschland[a]						
Erwerbstätige Inländer[b]	31.339	31.742	32.419	32.594	32.566	32.738
Arbeitslose	3.024	2.872	2.645	2.592	2.704	2.586
Arbeitslosenquote[c]	8,8	8,3	7,5	7,4	7,7	7,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	83	93	63	97	170	105
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	86	100	83	70	65	55
Berufliche Vollzeitweiterbildung	191	204	195	190	180	175
Ostdeutschland[a]						
Erwerbstätige Inländer[b]	6.210	6.273	6.217	6.109	6.040	6.060
Arbeitslose	1.256	1.227	1.244	1.259	1.253	1.225
Arbeitslosenquote[c]	16,8	16,4	16,7	17,1	17,2	16,8
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	32	26	23	26	30	25
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	298	330	230	173	150	130
Berufliche Vollzeitweiterbildung	133	129	129	125	125	130

a) Regionale Abgrenzung: Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin. - b) Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder und des Mikrozensus. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

infolge zunehmender Abwanderungen, sank. Zudem hat offenbar ein verstärkter Rückzug in die Stille Reserve stattgefunden. Bei weiterhin sinkendem Arbeitskräfteangebot dürfte die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr annähernd stagnieren und sich 2003 um knapp 30.000 Personen verringern.

Zur Wirtschaftspolitik

Trotz der oben angesprochenen Risiken erscheint der Aufschwung in Deutschland nach Auffassung der Institute nicht besonders gefährdet. Für eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung kommt es nun darauf an, dass die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik ihre mittelfristige Orientierung beibehalten.

Die Geldpolitik muss primär darauf bedacht sein, die Preisstabilität zu sichern. Derzeit verzerrt eine Reihe von Sonderfaktoren das Bild der zugrunde liegenden Preisentwicklung. Für sich genommen begründen die gegenwärtig erhöhten Inflationsraten keinen geldpolitischen Handlungsbedarf. Umgekehrt kann das erwartete Abklingen der transitorischen Effekte aber nicht als Indiz dafür gesehen werden, dass sich die Preistendenz abgeschwächt habe. Entscheidend für die Geldpolitik ist vielmehr, ob es wegen der aktuell höheren Inflationsraten zu Zweitrundeneffekten kommt. Sobald es dafür Anzeichen gibt, ist eine rasche geldpolitische Reaktion erforderlich. Die Institute rechnen für den Prognosezeitraum jedoch nicht mit solchen Effekten.

Die Lohnpolitik sollte die EZB beim Erreichen des Stabilitätsziels unterstützen. Viel wäre gewonnen, wenn glaubhaft gemacht werden könnte, dass die Zunahme der Löhne in den kommenden Jahren stabilitätskonform bleibt. Gemäß dem Stabilitätsziel der EZB wäre dies dann der Fall, wenn der Anstieg der Lohnstückkosten im Euroraum nicht über 1,5 % hinausginge. Um der EZB Sicherheit zu geben, dass die Preisniveaustabilität von der Lohnseite her nicht gefährdet ist, muss der Politik der Lohnmoderation Glaubwürdigkeit verliehen werden. Eine Möglichkeit hierfür besteht darin, die Tarifverträge nicht wie üblich für das laufende, sondern ein Jahr im Voraus für eine Laufzeit von zwei Jahren abzuschließen. Dies würde der Geldpolitik frühzeitig signalisieren, wie der Kurs der Lohnpolitik mittelfristig einzuschätzen ist. Allerdings ist bei alledem zu bedenken, dass es eine „Lohnpolitik“ auf europäischer Ebene nicht gibt. Es wäre schon viel erreicht, wenn in den großen Ländern die Weichen entsprechend gestellt würden. Gibt es mehr Sicherheit darüber, dass die Lohnpolitik im Euroraum moderat bleiben wird, können die Zinsen niedriger sein, als es sonst der Fall wäre.

Die Finanzpolitik steht vor einer besonderen Herausforderung in Deutschland. Die Bundesregierung hat sich im Februar dieses Jahres abermals verpflichtet, im Jahr 2004 ein annähernd ausgeglichenes Staatsbudget zu erreichen. Dazu muss sie ein Konsolidierungsprogramm verabschieden, das Produktion und Beschäftigung in den beiden kommenden Jahren möglicherweise dämpft. Gleichwohl sollten von den Zusagen keine Abstriche gemacht werden; ansonsten würde die Finanzpolitik weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Die Haushaltskonsolidierung sollte auf der Ausgabenseite ansetzen; hier sind einschneidende Maßnahmen erforderlich. Zusätzliche Steuererhöhungen sollten ausgeschlossen werden, denn dies würde das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Die Erwartung einer sinkenden Steuer- und Abgabenbelastung kann am besten dadurch gefördert werden, dass ein entsprechender Verlauf der Staatsausgaben verbindlich vorgegeben und dann auch eingehalten wird. Nur wenn der Staat spart, können auch die Steuern gesenkt werden.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus